

Die Kammern arbeiten auf diesem Gebiet fieberhaft und konnten enge Kontakte zu den staatlichen Stellen knüpfen – der Übermacht des derzeitigen Einkerns von Schwarzarbeitern kann das kaum standhalten.

Die Umgestaltung der Gesamtwirtschaft der neuen Länder wurde von einem umfassenden Lernprozeß der Unternehmer begleitet. Viele Betriebe haben moderne Managementmethoden erprobt, um die Qualität und Effizienz in ihren Betrieben zu steigern. Im Ergebnis dieser Anstrengungen kann davon ausgegangen werden, daß die Betriebe das Qualitätsniveau der alten Bundesländer erreicht haben. Diese Entwicklung wurde im Bereich des Handwerks und der mittelständischen Wirtschaft durch eine stärkere Identifikation des Arbeitnehmers mit dem Unternehmen gewährleistet, die in der Übergangsphase eine katalysierende Wirkung hervorbrachte. Als Beleg für das Bekenntnis zur Qualität und zu einer leistungsfähigen Organisation der mittelständischen Unternehmen kann eine ganze Reihe von Zertifizierungen gewertet werden, wobei eine Nichtzertifizierung nicht als Negativerklärung aufgefaßt werden darf, da in diesem Zusammenhang sehr deutlich zwischen Kosten, Nutzen und Notwendigkeit unterschieden werden muß.

Ich hoffe, Ihnen mit meinen Ausführungen einen kleinen Überblick über die Veränderungen in der mittelständischen Wirtschaft in den zurückliegenden sechs Jahren geboten zu haben. Auch die Zukunft wird große Anforderungen an die Unternehmen stellen, die in den neuen Ländern auch künftig eine eigene Spezifik haben werden. Ich bedanke mich.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Blick in die Tagesordnung zeigt, daß wir jetzt noch im grundsätzlichen Teil der öffentlichen Anhörung sind. Erst nach der Mittagspause werden wir anhand von Erfahrungsberichten ins Detail gehen. Wir haben, wenn ich das richtig sehe, noch 50 Minuten Zeit, in diesem grundsätzlichen Teil an die beiden Referenten Fragen zu stellen, mit ihnen zu reden. Moderator dieses Gespräches wird der geachtete, geschätzte Kollege Professor Dr. Rainer Ortleb sein.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Meine Damen und Herren, unlängst hatten wir eine öffentliche Anhörung zum Thema „Industrieforschung in der ehemaligen DDR“. Diese Anhörung – die Kollegen, die daran teilgenommen haben, werden es noch im Gedächtnis haben – hat uns gezeigt, daß die Situation nach dem Zusammenbruch der DDR, insbesondere die Industriepotentiale beseitigt hat, die nicht mehr marktfähig gewesen sind. Es ist müßig, darüber zu diskutieren, was man hätte machen können, wenn man quasi einen gleitenden Übergang von der Planwirtschaft in die soziale Marktwirtschaft versucht hätte. Nur das wären Planspiele, die wir im Nachhinein vollziehen müßten, die nur schwierig an den tatsächlichen Verhältnissen gemessen werden können. Der Zusammenbruch der Märkte für die Industrie der ehemaligen DDR, man bedenke welches Exportvolumen beispielsweise durch die ehemalige Sowjetunion aufgefangen worden ist, macht besonders deutlich, warum der Mittelstand besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Denn, im Gegen-

satz zur Industrie, zum Großbetrieb, der seine Märkte in der Regel natürlich nicht nur in der Region hat, sondern global wirkt, hat der Mittelstand die Chance, den regionalen Markt zu befriedigen. Er ist also praktisch dadurch, daß er am Ort ist, auch der Bessere, mit der Chance versehen, marktführend tätig zu werden, wenn denn entsprechende Qualität angeboten wird. Was wiederum zur Folge hat, daß, wenn man eine natürliche Entwicklung zur Gesundung der Wirtschaftslandschaft in den neuen Bundesländern erreichen will, man insbesondere die Kristallisationskerne Mittelstand braucht, um die herum sich dann sinnvoll auch wieder wirtschaftswirkende größere Industrie gestalten kann. Es ist nicht Aufgabe eines Moderators, ein Ko-Referat zu halten, sondern Aufgabe, Zusammenhänge zu anderen Themen und Problemerkisen dieser Kommission herzustellen, was ich damit versucht habe. Jetzt, nach üblicher Tradition und Sitte, bitte ich die Mitglieder der Kommission Fragen zu stellen, dabei auch durchblicken zu lassen, an welchen der beiden Referenten die Fragen vorwiegend gerichtet sind. Abgeordneter Spiller bitte.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Dirschka. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, bereitet Ihnen die Struktur des Mittelstandes in Ostdeutschland Sorge, weil es eine gewisse Überbesetzung im Bereich Bau- und Ausbaugewerbe gibt. Sie erwarten, daß es auf absehbare Zeit dort eine „Anpassung nach unten“ geben muß, um das freundlich auszudrücken. Auf der anderen Seite seien aber, sagten Sie, für den Handwerksbereich, der eine gewisse Industrienähe hat, die Aufträge mit dem Verschwinden oder mit dem Rückgang von Industrieproduktion in Ostdeutschland auch stark zurückgegangen.

Meine Frage: Inwieweit ist inzwischen die Fertigung für Abnehmer, die der Industrie zuzuordnen sind, wieder in Gang gekommen? Wie hoch ist dabei der Anteil, oder wie hoch schätzen Sie den Anteil am Umsatz, den Aufträge von westdeutschen oder ausländischen Abnehmern an solchen Fertigungen haben? Sind Sie nach Ihrer Kenntnis in der Lage zu berichten, ob es sich dabei überwiegend um Lohnfertigungen handelt oder aber auch um Fertigungen eigenständig entwickelter Produkte, die die Zulieferer sozusagen selber entwickelt haben und die dann auch ihre Absatzchancen finden außerhalb der Region?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ja, vielen Dank. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen inzwischen sechs bis sieben Wortmeldungen vor. Ich bitte Sie, daß wir jetzt so verfahren, wie wir das immer geübt haben, daß wir drei, vier Fragestellungen hintereinander aufnehmen und dann die Redner im Podium beantworten lassen. Herr Kowalczuk bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Ich habe zwei kurze Fragen, die sich voraussichtlich nicht ganz so kurz beantworten lassen. Die Fragen richten sich an beide Referenten.

Die erste Frage ist: Haben Sie Erkenntnisse darüber, aus welchen Bevölkerungskreisen sich die ostdeutschen Unternehmer nach 1990 rekrutierten? Insbesondere interessiert mich, inwiefern diejenigen, die 1972 praktisch ihr Un-

ternehmen verloren haben, inwieweit die an den Unternehmensprozessen nach 1990 beteiligt waren, bzw. inwieweit in diese Unternehmensbildungsprozesse MfS- und SED-Kapital mit einfloß?

Die zweite Frage hängt ganz wesentlich mit der letzten Bemerkung von mir zusammen. Inwieweit haben Sie Erkenntnisse darüber, wie „Seilschaften“ auch den Mittelstand beeinflussen bzw. auch durchaus in seiner Entwicklung behindern?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Professor Wilke bitte.

Sv. Prof. Manfred Wilke: Ich habe zunächst einmal eine Frage an den Kollegen Paraskewopoulos. Die ökonomische Darstellung der Vernichtung des ostdeutschen Mittelstandes ist in präziser Form von Ihnen vorgetragen worden. Aber es gab ja auch politische Prozesse, z. B. hat es in der Deutschen Demokratischen Republik zwei, drei Parteien gegeben, die der SED als Massenorganisationen für die kleinbürgerlichen Schichten dienten. Könnten Sie vielleicht noch Ausführungen machen zur Beteiligung von CDU, LDPD und NDPD an der Beseitigung des Mittelstandes? Zweitens möchte ich von Ihnen gerne wissen, inwieweit die Forschungskapazitäten der westdeutschen ökonomischen Institute in den Jahren 1990/91 irgendwelche, wenigstens ad-hoc-Planungen erstellt haben, angesichts der Aufgabe einer bewußten Mittelstandsförderung in der beigetretenen DDR? Gab es da irgendwelche Planungen, die der Politik an die Hand gegeben worden sind?

Herr Dirschka, die Fragen, die ich an Sie habe, richten sich auf ein Problemfeld, mit dem Handwerker heute in den neuen Bundesländern zu kämpfen haben. Der Bereich ist von Ihnen nur mit zwei Sätzen angerissen worden. Daß nach 1990 nicht nur Helfer aus dem Westen in die neuen Bundesländer gekommen sind, sondern auch Abzocker, Täuscher und Vereinigungsgewinnler, dies gehört für jemanden, der wie ich aus den alten Bundesländern kommt, zu den beschämendsten Kapiteln des Vereinigungsprozesses.

Gibt es aus Ihrer Erkenntnis besondere Anstrengungen der Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV), um einige besonders üble Figuren zu überführen? Ist dies überhaupt regional ein Thema? Haben Sie das Gefühl, daß im Bereich Regierungs- und Vereinigungskriminalität regional etwas geschieht?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb: Danke! Herr Professor Huber bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber: Ich habe eine Bemerkung zu der Aussage von Herrn Paraskewopoulos, der den Grundsatz Rückgabe vor Entschädigung als Investitionshemmnis ausgemacht hat. Diese These hört man verhältnismäßig häufig, aber ich bin mir nicht sicher, ob sie durch Wiederholung richtig wird. Natürlich kann man darüber streiten, ob dieser Grundsatz oder seine Umkehrung politisch sinnvoller gewesen wäre. Tatsache ist jedoch, daß die Wieder-

vereinigung Deutschlands der Herstellung der Rechtseinheit bedurfte. Wenn Sie sich vor Augen führen, daß es in der DDR an die 100 verschiedenen Typen von Besitz- und Eigentumsverhältnisse gab, daß Grundbücher jahrzehntelang nicht geführt worden sind, daß die DDR bei dem Vollzug ihre Enteignungsgesetze ihre eigenen Rechtsvorschriften häufig nicht beachtet und die entsprechenden Einteignungsbeschlüsse auch nicht richtig exekutiert hat, zumindest die entsprechenden Enteignungsbeschlüsse auch nicht richtig exekutiert hat, so hätte dies auch bei der Umkehrung des Grundsatzes – Entschädigung vor Rückgabe – zu einem Klärungsbedarf im Einzelfall geführt und damit einen vergleichbaren Verwaltungsaufwand erfordert. Daher kann ich den unter Investitionsgesichtspunkten großen Vorzug einer umgekehrten Klärung der Rechtslage nicht erkennen. Wie man sie insgesamt bewertet, ist eine ganz andere Frage.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dr. Jork bitte.

Abg. Dr. Rainer Jork (CDU): Ich habe auch zwei Fragen. Die erste möchte ich an Herrn Professor Dr. Paraskewopoulos richten. Sie haben gesagt, daß das System versagt habe, nicht die Menschen. Es wäre auch für die Zukunft hilfreich, wenn Sie uns noch einmal konkret sagen würden: was war an dem System typisch, so daß es zu dem Versagen in der Wirtschaft beigetragen hat. Und vielleicht können Sie sagen, wie die Menschen in der DDR damals damit umgingen, wie sie sich engagiert haben, um diese Polarisierung zwischen dem System und dem Einsatz der Menschen zu überwinden.

Und eine zweite Frage zum Thema Entschädigung vor Rückgabe. Inwieweit sind Schlußfolgerungen tatsächlich gegeben, auch heute noch, angesichts des Umstandes, daß es ja gesetzliche Regelungen gibt, die die erkannten funktionalen Fehler versuchen zu mildern? Inwieweit müssen wir aus Ihrer Sicht mit Problemen heute noch leben und was bereitet uns dabei Schwierigkeiten? Dann noch eine Unterfrage: Hätten Entschädigungen zu besseren Effekten führen können, bei der Bildung und Neubildung des Mittelstandes in den neuen Bundesländern? Hätte also der umgekehrte Weg dem Mittelstand eher geholfen?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich würde Sie, Herr Professor Dr. Paraskewopoulos, als ersten bitten, die Fragen, die Ihnen gestellt worden sind, zu beantworten, und danach Herrn Dirschka.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos: Ich beginne mit den letzten Fragen. Sie haben aufgegriffen, was ich im Zusammenhang mit dem Systemversagen und nicht Menschenversagen gesagt habe und Sie fragten jetzt, was das Typische sei? Wenn ich von der Theorie bzw. Ideologie einer Zentralverwaltungswirtschaft ausgehe, dann nahmen die Schöpfer dieses Systems an, daß man es zunächst mit Menschen zu tun hat, die altruistisch sind, die nicht egoistisch sind; man hatte damals vom „sozialistischen Menschen“ gesprochen. Das setzt voraus, und das ist etwas, was den Menschen weit überfordert, in dem Sinne wie das Christentum verlangt, liebe Deinen Nächsten wie dich selbst. Das ist für

meine Begriffe das Höchste, was ein Mensch erreichen kann. Der Sozialismus forderte, daß der Mensch den Nächsten mehr liebt als sich selbst, wenn ich das so formulieren darf. Und darauf war das ganze System aufgebaut.

Speziell ist in einer Zentralverwaltungswirtschaft ein sehr großes Problem, den Bedarf festzustellen. Sie sind davon ausgegangen, ich glaube, das stammt von Lenin, er hatte da eine Militäreinheit vor sich gehabt und hatte überlegt, welchen Bedarf gibt es und wie kann man den Bedarf planen. Man kann Befehle geben, dann werde dieser Bedarf produziert, so ist die Konstruktion gedacht. Das heißt, der Planer setzt voraus, daß er in der Lage ist, zu wissen, was die Menschen in dieser Gesellschaft wollen. Wir Ökonomen sagen, das ist etwas Unmögliches. Aber wenn man jetzt das als bekannt voraussetzen würde, ist die DDR so vorgegangen, sie haben versucht festzustellen, was braucht der Mensch. Ich übertreibe so ein bißchen: 3.000 Kalorien im Durchschnitt pro Tag. Wie kann ich diese 3.000 Kalorien erreichen, mit wieviel Nahrungsmitteln etc.? So war die Konstruktion gedacht. Und selbst wenn man davon ausgehen würde, daß diese Konstruktion möglich ist, daß man den Bedarf feststellen kann, funktioniert das aus verschiedenen Gründen nicht, es kann so nicht funktionieren.

Erstens ist der Informationsbedarf so enorm, daß der Planer beispielsweise die Informationen braucht, um bedarfsgerecht zu planen. Und jetzt kommt das speziell Typische einer Zentralverwaltungswirtschaft, die dahin führt, daß einzelwirtschaftlich die Menschen eigentlich richtig handeln, gesamtwirtschaftlich falsch. Warum? Der Planer ist darauf angewiesen, Informationen von unten zu bekommen. Und der Planer ist darauf angewiesen, wenn er einen richtigen Plan, der die Möglichkeiten und die Kapazitäten der Volkswirtschaft alle berücksichtigt, die richtigen Informationen, die sachlichen Informationen von unten nach oben zu bekommen, um damit den Plan aufzustellen. Und jetzt kommt diese, wenn Sie so wollen, Dichotomie, die die Sozialisten oder Kommunisten geprägt haben, daß die Menschen ehrlich sind, d. h. sie würden im Sinne der Planenden handeln. Die Menschen handeln nicht im Sinne der Planenden, sondern in ihrem eigenen Sinne. Das heißt jetzt, die Informationen, die von unten nach oben gehen, sie gehen durch die Brille der Leute, die diesen endgültigen Plan erfüllen müssen. Und jetzt beginnt dieser Kampf. Und dieser Kampf bedeutet, daß die Betriebe einzelwirtschaftlich, betriebswirtschaftlich richtig gehandelt haben, d. h. sie wollten Kapazitäten horten, sie wollten alles Mögliche horten, damit sie in der Lage waren, einen Spielraum gegenüber der Zentrale zu haben. Wenn man auf der anderen Seite den Planer sieht, ist er darauf angewiesen, die richtigen Informationen zu bekommen, und ich behaupte, genau dieses Dilemma ist unlösbar. Und genau das hat dahin geführt, daß das Angebot der Volkswirtschaft, die Produktion der Volkswirtschaft, das Problem war. Theoretisch gesprochen ist die Frage nicht lösbar. Und die Menschen handeln richtig. Die Menschen handeln nach ihren Interessen richtig, weil sie eben einen erfüllbaren Plan bekommen wollen mit Konsequenzen der Belohnung, der Prämierung und all dem, was damit verbunden war, und genau das ist für mich der große Mangel einer solchen Konstruktion.

Jetzt zu der zweiten Frage: Rückgabe vor Entschädigung oder umgekehrt? Ich möchte das nicht irgendwie „ideologisch“ bewerten. Ich bin durch und durch Marktwirtschaftler und mir ist die Funktionsweise des Privateigentums total bewußt. Hier geht es um die Frage: Ist Privateigentum, das hatte ich in meinem Referat auch angedeutet, Mittel zum Zweck oder der Zweck selbst? Ich habe oft den Eindruck, daß man eventuell so argumentiert, daß Privateigentum der Zweck und nicht Mittel zum Zweck ist. Ich kann Ihnen sagen, Privateigentum und Monopolsituation ist sehr schädlich. Lieber staatlich in einem demokratischen Staat, als Steuerung und Kontrolle durch private Monopole, d. h. Privateigentum funktioniert unter den Bedingungen des Wettbewerbs, dann erbringt Privateigentum seine höchste Leistungsfähigkeit.

Ich habe keine Patentlösung für den Transformationsprozeß. Ich habe nur makroökonomisch und mikroökonomisch argumentiert. In solchen Situationen brauchen wir Klarheit, die Verfügungsrechte und die Zuordnungsrechte müssen eindeutig definierbar sein. Es gab, und es gibt noch, Situationen, in denen tatsächlich die späteren Gesetze dies gezeigt haben, die gehen von diesem Restitutionsprinzip ein bißchen weg. Ich habe keine Patentlösung und kenne diese Bedenken. Das habe ich auch angedeutet. Z.B. hätten diejenigen, die damals enteignet wurden, dann das Gefühl gehabt, der Rechtsstaat enteignet sie noch einmal. Das ist die Situation des Einzelnen. Aber wenn ich jetzt die marktwirtschaftliche Ordnung ansehe und die Funktionsweise der marktwirtschaftlichen Ordnung, dann basiert sie auf gewissen Prinzipien und nicht direkt auf menschlichem Verlangen oder Anliegen, die ich als berechtigt ansehe und die ich auch verstehen kann. Ökonomisch gesprochen, verlangt die Situation eine Eindeutigkeit, was die Zuordnung von Verfügungsrechten anbetrifft. Und das ist ein Zeitproblem. Im Endeffekt unterscheiden diese Prinzipien sich nicht, aber das ist ein Zeitproblem, was wir haben, und es gibt Studien und es gibt Untersuchungen, die eine Korrelation zwischen dem Restitutionsprinzip und der Verzögerung der Investitionen anzeigen. In diesem Sinne habe ich das gemeint.

Herr Wilke, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie Fragen, ob die Blockparteien eine Art Bremswirkung gehabt haben hinsichtlich der Verstaatlichung und Enteignung. Das habe ich so direkt nicht untersucht. Aber ich kann es mir nicht vorstellen, auch wenn die Blockparteien gewollt hätten, von der Systematik der Funktionsweise einer Zentralverwaltungswirtschaft wäre dies langfristig nicht möglich gewesen. Die Entwicklung 1972 hat gezeigt, daß man endgültig von diesem Prinzip überzeugt war und es wurde eingeführt. Ich weiß nicht, inwieweit die Blockparteien eine Bremswirkung gehabt haben hinsichtlich der Verstaatlichung und Enteignung. Also es tut mir leid, ich kann da keine direkte Antwort geben. Was die Forschungsinstitute anbetrifft, waren die in Westdeutschland gemeint? Soviel ich weiß, hat das Bonner Institut für Mittelstandsforschung regelmäßig Berichte zum Mittelstand veröffentlicht. Wenn ich Ihre Frage richtig verstanden habe, haben Sie gefragt, inwieweit wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute politisch Einfluß genommen haben, oder?

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Inwieweit wurden Forschungsergebnisse west-deutscher Institute 1990/91 diskutiert?

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos: Ich bin auch aufgefordert worden, ein Gutachten für die Bundesregierung zu erstellen. Viele haben solche Gutachten geschrieben. Es ist eine Fülle von Gutachten geschrieben worden. Inwieweit die Ergebnisse von der Politik umgesetzt worden sind, kann ich nur begrenzt beantworten.

Und jetzt zu der Frage, aus welchen Bevölkerungskreisen die Unternehmer sich rekrutierten, und ob die Seilschaften hier eine Rolle gespielt haben. Ich weiß keine konkreten Zahlen. Die Forschung sagt, was Reprivatisierung ist. Danach sind diejenigen, die irgendwie früher Eigentümer waren bzw. ihre Erben, die das weiter betreiben, Reprivatisierer. Zahlen in Prozenten zu Reprivatisierung und Privatisierung kann ich momentan nicht sagen.

Zu Seilschaften kann ich Ihnen nur das sagen, was auch ich aus der Presse weiß. Natürlich gibt es Seilschaften in der Wirtschaft. Aber das ist eine gute Frage. Ich werde sie aufnehmen und prüfen, ob man das in der Forschung so differenziert ausmachen kann. Aber das ist ein Problem der Statistik und der Forschung. Ob das gelingt, weiß ich nicht. Ich habe selber keine Zahlen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dirschka bitte.

Joachim Dirschka: Ich habe vielleicht das Glück, kein Politiker zu sein und kann deshalb vielleicht frei von der Leber reden, aus dem täglichen Erleben. Ich habe auch schon manchmal meine Probleme mit den Begriffen Ordnungspolitik und Haushaltsrecht, weil ich natürlich zunächst davon ausgehe, wo man im Handwerk oder in der mittelständischen Wirtschaft die Aufträge herbekommt. Wer hat das Geld, wo kann es freigesetzt werden? Das ist natürlich für mich etwas einfacher, weil ich praktisch nicht in irgendwelchen Zwängen stehe.

Ich möchte versuchen, die Fragen kurz zu beantworten. Die Struktur des Mittelstandes, die macht mir schon Sorgen, das ist gar keine Frage. Denn wir haben eine stürmische Entwicklung gehabt nach 1990 und Sie kennen ja die Zahlen der Unternehmensgründungen. Wir haben zu verzeichnen, das sagen auch unsere Konjunktoren, daß wir schon in den Regulierungsprozeß hineingehen. Das heißt, wir werden uns wieder in Richtung Normalität der Betriebe pro Kopf der Bevölkerung praktisch hinarbeiten.

Wenn ich Ihnen das einmal anhand eines Beispiels sagen darf: Die Dachdecker in Sachsen, und ich will mal sagen, unsere Dächer sind bestimmt reparaturbedürftiger als die in Bayern. Es gibt also viermal soviel Dachdecker in Sachsen, im Freistaat Sachsen, wie in Bayern, pro Kopf der Bevölkerung. Das sagt im Prinzip alles aus. Und das ist in der Bauwirtschaft ganz genau so. Es gibt natürlich auch strukturschwächere Bereiche, wenn ich mir zum Beispiel den Bereich der Tischler ansehe. Dort gibt es eigentlich noch eine relativ solide Basis. Wir haben im Regierungsbezirk Leipzig 1.400 Elektriker. Das müssen Sie sich

einmal vorstellen, wie der tägliche Kampf ist. Deshalb muß und wird auch hier eine Regulierung eintreten. Wir sehen aber heute Lichtblicke am Horizont. Wenn ich die Firma Siemens sehe, hier werden etwa 1.000 Arbeitsplätze neu geschaffen. 3.000 Arbeitsplätze entstehen durch Zulieferertätigkeit und auch durch Dienstleistungen. Wir haben das gleiche positive Problem bei VW in Mosel, wo also die Zuliefererwirtschaft, das geht bis in den Leipziger Raum hinein, sich mittlerweile festigt. Aber das sind ja nur Leuchttürme, und uns fehlt im Osten Deutschlands die Industrialisierung. Letztlich kann das Handwerk ohne die Industrie nicht leben und im Prinzip die Industrie nicht ohne das Handwerk. Hier ist eine Symbiose notwendig. Wir haben im Bereich der Zulieferer Möglichkeiten erschlossen, z. B. im Außenhandel mit Polen. Wir erarbeiten momentan Kooperationsmöglichkeiten auch im handwerklichen Bereich. In Chemnitz und Dresden sind die Gegebenheiten, bedingt durch die Grenznähe zu osteuropäischen Ländern, günstiger. Wir haben momentan wenig Erfolge mit westlichen Staaten, obwohl wir Versuche aus Leipziger Sicht starten. Wir haben Kontakte mit Frankreich, mit Italien, aber das sind alles immer so Kooperationen, wo man möglicherweise bei uns etwas verkaufen will, aber wir weniger die Leistungen und Waren exportieren können.

Zur Frage der Rekrutierung des Mittelstandes: Die Unternehmen, die sich im Osten Deutschlands rekrutiert haben, kommen in der Regel aus dem eigenen Bereich, d. h. also aus den Bevölkerungsschichten, die im Osten groß geworden sind. Natürlich gibt es auch selbständige Niederlassungen aus den alten Bundesländern. Aber wir haben im handwerklichen Bereich ca. 95 % Unternehmensgründungen von ostdeutschen Bürgern. Das hat natürlich im handwerklichen Bereich auch seinen Grund. Normalerweise ist es nicht möglich, denn die Ordnung des deutschen Handwerks hat Prämissen und kann entscheiden, wer einen Handwerksbetrieb eröffnen kann und wer nicht. Aber durch das Gesetz, das damals noch der Herr Minister Möllemann erlassen hat, daß auch die volkseigenen Meister adäquat wie ein Handwerksmeister behandelt werden können, war natürlich ein Reservoir gegeben, in deren Folge Handwerksbetriebe praktisch wie Pilze aus dem Boden schossen.

Auch die drohende Arbeitslosigkeit war häufig ein Grund zur Selbständigkeit und Existenzgründung. Alte Seilschaften existierten sicherlich in den Anfangszeiten 1990/91. Mir ist zumindest im handwerklichen Bereich nicht bekannt, daß man mit alten Seilschaften zu kämpfen hat. Ich kann dies aber wirklich nur aus meiner Sicht sagen. Sie müssen auch davon ausgehen, Handwerksbetriebe sind nicht in diesen Größenordnungen strukturiert, sie sind sehr flexibel und sie arbeiten doch sehr selbständig und müssen tagtäglich kämpfen. Ich möchte den Begriff „Seilschaften“ mal unpolitisch ausdrücken. Außerdem ist es auch kein schlechter Begriff, eine Seilschaft im Gebirge ist immer etwas Gutes, hat man mir mal im Sächsischen Landtag gesagt.

Zur Frage der sogenannten Einheitsabzocker und ihrer Bestrafung. Dazu kann ich wenig sagen. Vielfach ist es ja so gewesen, daß das „Abzocken“ eine individuelle Tätigkeit gewesen ist, und viele Handwerksbetriebe oder kleine oder

mittlere Unternehmen natürlich dort in etwas hineingestürzt worden sind, was sie am Anfang gar nicht übersehen konnten. Heute ist dieses Thema nicht mehr das Thema. Das Selbstbewußtsein unserer ostdeutschen Mittelständler hat immer existiert bzw. ist schnell gewachsen, so daß sie sehr schnell unterscheiden konnten, ob es sich hier um Abzocker handelt oder nicht. Und bedenken Sie einmal bitte, ich sage das immer aus einer ganz anderen Sicht, wir haben ja einen Riesenvorteil als Ostdeutsche, wir mußten 1990 vollkommen umdenken, d. h. also wir haben die alten Strukturen ja praktisch gar nicht gekannt in den alten Bundesländern. Wir mußten sie über „Bord werfen“ und sehen natürlich alles viel kritischer als mancher Altbundesdeutsche. Und demzufolge haben wir natürlich sehr schnell unterscheiden gelernt, wer will etwas von uns und wer will uns über den Tisch ziehen. Damit will ich nicht sagen, daß das heute nicht mehr vorkommt, aber in der Phase, wie das vielleicht 1990/91 gewesen ist, bin ich überzeugt, ist das heute kein Thema mehr.

ABM macht mir momentan viel größere Probleme, und dazu möchte ich noch einige Worte sagen. Wir müssen sehr stark unterscheiden zwischen sozial gefährdeten Menschen, die also ein gewisses Alter erreicht haben, weil wir wissen, daß wir sie eigentlich leider nicht mehr in die Wirtschaft integrieren können. Ich habe das in meinem eigenen Betrieb gesehen, daß wir selbst auch ältere Leute durchaus sehr gut einsetzen können, man muß da nur ein bißchen Einfühlungsvermögen haben. Das ist natürlich im großen Stil nicht möglich. Ich bin auch der Meinung, daß von der Seite auch sehr differenziert mit ABM gearbeitet werden kann. Nur das, was zur Zeit abläuft, hat eigentlich das Maß überschritten. Ich kann es Ihnen aus Leipziger Sicht schildern. Dort ist eine Gesellschaft zur Sanierung von Altbauten entstanden. Das sind vier Mitarbeiter und etwa 3.000 oder 4.000 ABM-Kräfte, die arbeiten mittlerweile nach der Devise, die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft kann es nicht bezahlen, d. h. weil sie es nicht bezahlen kann, machen wir es über diesen, aus dem anderen Topf finanzierten, praktisch zweiten Arbeitsmarkt. Das bedeutet unter dem Strich, daß uns im handwerklichen Bereich Aufträge weggenommen werden. Das ist auch ungesetzlich, weil das Gesetz zur Ordnung des deutschen Handwerks ein Bundesgesetz ist und im Prinzip klar festgelegt ist, wer wo arbeiten darf und was er machen darf.

Und wenn ich Ihnen das einmal an einem anderen Beispiel belegen darf, am Beispiel der Schulen. Dort haben wir es am allerbesten erlebt. Ich verstehe ja, daß die Eltern, oder daß die Kinder in ordentlichen Schulen ihr Lernbedürfnis stillen sollen. Ich habe überhaupt keine Probleme damit. Aber nur weil die kommunalen Einrichtungen kein Geld haben, werden über ABM-Maßnahmen diese Schulen renoviert. Das heißt, es werden Malerleistungen an den Schulen durchgeführt und zwar in nicht unerheblichem Stil. Wir kämpfen dagegen an, weil das wiederum Arbeitsplätze gefährdet. Unsere Maler haben auch ihre Probleme, danach fragt bloß niemand. Der Zweck heiligt nicht immer die Mittel. Deshalb haben wir vorgeschlagen, eine ABM-Vergabe durchzuführen, d. h. wir ziehen ABM-Kräfte mit in den Handwerksbereich und könnten da-

durch den zweiten Arbeitsmarkt entlasten und viele Arbeitskräfte wieder in den ersten Arbeitsmarkt hineinführen.

Zur Frage Entschädigung vor Rückgabe. Ich möchte diese Frage aus einer anderen, pragmatischen Sicht beantworten. Der Grundsatz Rückgabe vor Entschädigung hat im investiven Bereich des Handwerks, bei der Auftragsvergabe oder Auftragsabwicklung, einiges behindert und Hemmnisse aufgebaut. In diesem Maße, insbesondere im handwerklichen Bereich, war der Grundsatz Rückgabe vor Entschädigung nicht die günstigste Entscheidung. Das Investitionsvorrangsgesetz kam aus verschiedenen Gründen etwas zu spät, denn damals war vielleicht ein bißchen mehr Geld da als heute.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Vielen Dank! Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Herren Referenten, wir sind in der uns nicht ungeläufigen Lage, daß uns die Zeit davonrennt. Rechne ich jetzt hoch, das Antwort-Fragewechselspiel, wie es bisher gelaufen ist, auf die noch anstehenden sechs Anmeldungen, dann haben wir bereits, wenn wir im Stil weiter so verfahren, müheles eine Verspätung von 50 Minuten. Mit Rücksicht auf die anderen Komplexe und die dort geladenen Referenten, sollten wir eine Verschiebung vermeiden. Deswegen bitte ich sehr herzlich, daß jetzt bei den noch folgenden Fragen und Antworten berücksichtigt wird, sich auf genau das zu konzentrieren, was durch die ausführlichen Antworten, die jetzt gegeben worden sind, noch nicht behandelt wurde. In diesem Sinne, Frau Kollegin Kurzhals bitte.

Abg. Christine Kurzhals (SPD): Meine Frage richtet sich an Herrn Dirschka. Herr Dirschka, Leipzig/Halle, das ist ja eine ganz spezielle Region. Sie wissen ganz genau, in dieser Region wird unwahrscheinlich auch mit Bundesgeldern investiert. Ich denke da an die Großchemie etc., eigentlich das, was ja den mittelständischen Betrieben entgegenkommt. Können Sie einschätzen, inwieweit die mittelständischen Betriebe und die Handwerksbetriebe bei solchen großen Investitionen beteiligt sind? Oder besteht hier die Befürchtung, wie Sie schon einmal andeuteten, daß die Zulieferstrukturen, die Vergabestrukturen, einfach aus dem Westen übernommen werden und die Ostdeutschen dabei unberücksichtigt bleiben? Können Sie da einige genauere Ausführungen geben?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Abg. Reinhold Hiller bitte.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Ich habe zwei Fragen: Zum einen zur Symbiose Industrie und Handwerk. Wenn man das sieht, und die Forscher Recht haben, die allgemein global sagen, daß die Industrie zurückgehen wird, zugunsten von Dienstleistungen, dann befürchte ich Schlimmes, weil diese Symbiose dann keine Realität werden wird.

Also in diesem Zusammenhang die Frage aus Ihrer Sicht: Was kann getan werden, um zusätzliche Arbeitsplätze aus Sicht des Mittelstandes zu schaffen? Das ist mir in der Diskussion zu kurz gekommen. Und die zweite Frage, die ich habe, die ist ganz kurz: Sehen Sie große regionale Unterschiede, hinsicht-

lich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Mittelstandes von der Grenze zum Westen bis nach Polen?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Fricke bitte.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe zwei Fragen an Herrn Dirschka. Die eine Frage hat Herr Professor Wilke eigentlich schon weitgehend gestellt. Ich wollte nur noch zusätzlich fragen: Kann ich aus Ihrer Antwort an Herrn Wilke in bezug auf die Einheitsgewinnler und Abzocker folgern, daß das heute keine psychologischen Auswirkungen mehr hat, daß also z. B. bei mittelständischen Unternehmen keine Vorbehalte mehr aus diesen negativen Erfahrungen bestehen gegenüber westdeutschen Unternehmen und der Zusammenarbeit mit diesen Unternehmen? Meine zweite Frage: Sie haben vorhin von einer wachsenden Zahl von Insolvenzen gesprochen. Können Sie das vielleicht noch ein bißchen differenzieren? In welchen Branchen gab es Insolvenzen und wie sieht es mit Neugründungen von mittelständischen Unternehmen in jüngerer Zeit aus?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Kuhn bitte.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Eine Frage an Herrn Professor Dr. Paraskevopoulos. Sie sind ja der „klassische“ Marktwirtschaftler und uns ist ja allen nicht entgangen, daß mit der Wende, mit diesem brutalen Umbruch auch dramatische Marktverschiebungen einhergegangen sind. Es ist ja so gewesen, daß die Volkswirtschaft Bundesrepublik (alt) ad hoc die neuen Bundesländer komplett im Konsumgüter- und im Investitionsgüterbereich hätte versorgen können. Gibt es statistische Unterlagen nach sechs oder sieben Jahren Transformationsprozeß, wie sich die Marktanteile in diesen Bereichen, z. B. in der Nahrungsgüterwirtschaft, in der Energiewirtschaft, Chemieindustrie, Schiffbau, Bauindustrie eindeutig definieren? Denn das halte ich für das A und O, um langfristig die ostdeutsche Wirtschaft tragfähig machen zu können.

Eine zweite Frage an den Präsidenten der Handwerkskammer zu Leipzig, Herrn Joachim Dirschka. Sie haben von der Eigenkapital- und Risikokapitalausstattung der KMU-Betriebe in den neuen Bundesländern gesprochen. Es ist auch meine Meinung, daß hier etwas getan werden muß. Mit dem neuen ERP-Programm ist, glaube ich, Eigenkapitalhilfe und Risikokapital eingebaut und soll speziell gefördert werden. Sind die Firmen denn auch in der Lage den entsprechenden Kapitaldienst zu tragen oder sind sie vielleicht schon so überschuldet, daß Hilfe zu spät kommt? Und welche Instrumente würden Sie sich wünschen, von der Politik, aber auch von der Wissenschaft, Markteingangsmöglichkeiten zu verstärken, im PR-Bereich, in der Gestaltung, überhaupt bezüglich der Firmenphilosophie?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Eppelmann bitte.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Zwei Fragen an beide Referenten. Herr Professor Dr. Paraskevopoulos, Sie sprachen von der durch den Sozia-

lismus hervorgerufenen systembedingten Rückständigkeit in Beziehung auf die Mittelständler. Wie lange wird das dauern, bis es vergleichbare Strukturen gibt, wenn es Sie geben kann, und was könnte man realistisch noch zusätzlich tun, um diese zu fördern und zu beschleunigen? Die zweite Frage: Die öffentliche Hand gibt erhebliche Mittel oder Vergünstigungen für die Mittelstandsförderung aus. Was denken Sie beide über die These, daß es eine Gewinnbeteiligung für die öffentliche Hand geben sollte, wenn diese gegenwärtig unterstützten Mittelstandsbetriebe zukünftig Gewinne erwirtschaften?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dr Moreau bitte.

Sv. Dr. Patrick Moreau: Eine Frage an Herrn Dirschka. Ich weiß, daß Sie kein Politiker sind, aber trotzdem folgende Frage: Die PDS hat seit zwei Jahren eine Struktur gegründet, eine Mittelstands-, Handwerker- und Freiberuflerorganisation, die sich OWUS nennt. Ein Landesverband Sachsen existiert. Wenn man die spärlichen Daten über diese Organisation analysiert, entdeckt man bei den Biographien der Mitglieder Hinweise auf den Unternehmertyp „erzwungene Freiberufler“ und Handwerker. Meine Frage: Wie aktiv oder einflußreich ist diese PDS-Organisation bzw. indirekt die PDS bei der Gruppe der Handwerker und mittelständischen Betriebe, insbesondere der Handwerker bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dirschka bitte.

Joachim Dirschka: Ich muß einmal sagen, daß die Akustik hier in dem Raum sehr schlecht ist, und man hier oben manchmal gar nicht so richtig alles verständlich mitbekommt. Wenn ich Ihre Frage richtig verstanden habe, geht es um den Einfluß der PDS auf den Mittelstand.

Also, ich kenne diese PDS-Vereinigung leider nicht, deshalb kann ich dazu wenig sagen. Ich habe nur immer das Gefühl, jeder entdeckt gegenwärtig sein Herz für den Mittelstand. Das ist eigentlich ein Problem. Wir haben nun mittlerweile schon so viele Organisationen des Mittelstandes. Ich glaube, es gibt aus dem Mittelstand heraus genügend praktische Möglichkeiten, mit eigentlich sehr objektiven Institutionen zu arbeiten. Wir haben die Unternehmerverbände, wir haben die Kammern etc., die für den Mittelstand unterstützend wirken. Ich denke, wir können den Mittelstand also schon sehr gut selber betreuen. Zu viele Organisationen, wenn Sie mir das einmal aus meiner Sicht gestatten, verwirren nur und bringen eigentlich in der Sache nichts Gutes.

Ich möchte vielleicht der Reihe nach die gestellten Fragen ganz kurz abhandeln. Man muß im Prinzip unterscheiden, Frau Kurzhals, was kann sich ein Mittelständler zutrauen oder nicht zutrauen. Wenn ich das Kraftwerk Dippendorf beispielsweise sehe, dort gibt es also mehrere 100 Milliarden Mark. Wenn ich dazu 100 Einzellose habe, und dann teile ich die mal durch die Summe, dann bleibt für den Mittelstand nichts übrig, oder der Mittelstand kann sich auf dieser Grundlage eine Beteiligung gar nicht leisten. Wir haben das bei der Messe in Leipzig ganz eindeutig gesehen, man kann doch Lose nicht allzusehr

zerkleinern. Ich glaube, es gibt genügend andere Möglichkeiten, um dort tätig zu sein. Ich bin selber in dem Vergabeausschuß dieser Region, und wir achten schon darauf, daß die adäquaten Lose auch in dem Mittelstand bleiben. Da ist in der letzten Zeit sehr viel getan worden. Wir haben also ständig die Zahlen aus Leipzig, und wissen praktisch, wie viele Aufträge in der eigenen Region geblieben sind. Und wenn ich das als Präsident der Handwerkskammer mal sage: Wir bauen für 80 Mio. ein Berufs- und Bildungszentrum, was wir als hoheitliche Aufgabe durchführen. Abg. Professor Ortleb hat damals noch den ersten Spatenstich als Minister mitgemacht, und ich muß Ihnen sagen, dort ist alles 90 % im Bereich der Regionen geblieben, der Regionen Sachsen und auch angrenzend Thüringen. Also, wir achten da schon darauf, auch bei den anderen Aufträgen. Nur, man muß es wirklich in der Tat auch mal von der Größe betrachten. Für einen Mittelständler ist ein Einzellos von 10 Mio. DM schon fast eine Nummer zu groß.

Zur Frage der Symbiose von Industrie und Handwerk: Es ist richtig, wir werden uns mit der Frage beschäftigen müssen, daß die Industrie nicht mehr diesen Stellenwert bekommt, den sie in der Vergangenheit hatte. Was wir brauchen, sind neue Berufe und zwar zeitgemäße Berufe, die sich im Endeffekt wieder dem anschließen, wie sich die moderne Zeit momentan entwickelt. Ich denke nur an den ganzen Bereich Medien, in dem ja noch unerschlossene Gebiete sind. Also hier werden wir auf alle Fälle mehr auf den Dienstleistungsbereich übergehen müssen. Und natürlich wird der Zulieferbereich immer noch seine Rolle spielen, aber er wird nicht mehr die dominante Rolle spielen, wie er es vielleicht noch vor einigen Jahren gewesen ist.

Zur Frage der Insolvenzen im Mittelstand: Wir haben momentan Insolvenzen, die sind, vielleicht ist das ein bißchen verwunderlich, sie sind vom Grundsatz, wenn ich sie ins prozentuale Verhältnis zu bestehenden Betrieben setze, noch unbedeutend. Es wird immer Insolvenzen geben. Wir haben auch jetzt in unserer letzten Herbstkonjunkturanalyse im Bezirk Leipzig immer noch per Saldo ein Plus von 150 bzw. 160 Betrieben. Das heißt also, wir haben dennoch eine ansteigende Zahl von Betrieben. Und eigenartigerweise, das mag vielleicht jetzt als Widerspruch klingen, aber es ist eine Tatsache im Baubereich, wir haben immer noch den höchsten Zuwachs im Bau- und Ausbaugewerbe und gleichzeitig dort die größten Insolvenzen. Also, das hat es immer gegeben, habe ich mir sagen lassen, das ist das Wechselspiel des Marktes.

Zur Frage der Förderung von Eigenkapital und Risikokapital: Zunächst bringt es überhaupt nichts, und wir haben das sehr oft in Leipzig praktiziert, wenn man versucht, „fußkranke“ oder schon „scheintote“ Betriebe zu erhalten. Das ist Unsinn. Es gibt ja genügend Instrumente. Ich denke an Maßnahmen der Bürgschaftsbank, der Sächsischen Aufbaubank etc. die Konsolidierungskredite vergeben haben. Auch wir haben mit zinsgünstigen Krediten helfen können.

Zum Risikokapital: Es ist natürlich auch für einen Handwerksbetrieb schwierig, jemanden zu beteiligen, z. B. als einen „stillen Teilhaber“. Da haben wir schon unsere Probleme. Das wird sich vielleicht einmal ändern. Die jungen

Handwerker sind da wesentlich offener und flexibler als die älteren Handwerker. Bei den älteren Handwerkern ist es sehr schwierig. Sie achten auf ihre alten Familientraditionen etc. Ich würde vielmehr sagen, es gibt ein paar Methoden, um Risikokapital zu beschaffen, und die gebe ich gerne mal an die zuständigen Politiker weiter. Sehen Sie, alleine das Thema Mehrwertsteuer. Wir finanzieren den Staat als Unternehmen praktisch mit einem zinslosen Kredit vor. Selbst wenn ich nur die Vorsteuer rechne, und selbst wenn der Betrieb Zahlungsausfälle hat, habe ich die Mehrwertsteuer abzuführen. Ich bekomme sie aber erst dann zurück, wenn die Gesamtvollstreckung vollzogen worden ist. Wissen Sie, was das für die Liquidität bedeutet? Wir sind ja froh, daß wir die Grenze beim Umsatz auf eine Mio. DM gesetzt haben. Das ist trotzdem ein Tropfen auf den heißen Stein. Hier sollte man was machen. Das ist echte Liquidität, die uns fehlt.

Wir haben das Bürgerliche Gesetzbuch mit allen seinen Vor- und Nachteilen. Natürlich steht da alles drin, auch was die Frage der Zahlungsfristen anbetrifft. Das BGB feiert dieses Jahr seinen 100jährigen Geburtstag. Damals waren die Bedingungen ganz andere, da zählten noch Worte wie Treue und Glauben. Da müssen Sie mir mal heute zeigen, wo es das noch gibt. Damals ist man von zwei gleichstarken Partnern ausgegangen. Die gibt es heute nicht mehr. Heute gibt es einen starken und einen schwachen Partner, und der starke Partner diktiert das, was der schwache Partner zu machen hat. Deswegen fordern wir, daß der Staat eine schützende Hand auf den mittelständischen Unternehmen hält. Auf dem Gebiet der Zahlungswilligkeit muß man mit hohen Strafzinsen versuchen, das Geld wieder reinzubekommen. Wenn ich nämlich nur die Verzugszinsen rechne, die ja im Schnitt im Osten bei 10,5 % liegen, d. h. also Kontokorrent, dann brauche ich Ihnen nicht zu erklären, wieviel dort an Liquidität verloren geht.

Einige Bemerkungen noch zum Problem der Öffentliche Hand. Ich bin der Meinung, Herr Vorsitzender, daß die Öffentliche Hand sich Gedanken machen muß, wie sie in der Zukunft – auch bei leeren öffentlichen Kassen – auch weiterhin öffentliche Aufträge zu vergeben hat. Ich bin ein Verfechter des Leasingmodells, dort wird Fremdkapital zur Verfügung gestellt. Man sollte darüber nachdenken, um alte Strukturen aufzuweichen und neue Strukturen einzuführen; denn Leasingmodelle würden u.U. gerade im Bauleasing auch die Aufträge schaffen, möglicherweise sogar erhöhen. Ohne neue Modelle und Alternativen könnten wir langfristig in große Schwierigkeiten geraten.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Professor Dr. Paraskewopoulos bitte.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos: Sie haben Recht, wenn Sie sagen, der Ordnungswandel hat dazu geführt, daß die gesamten ökonomischen Strukturen der ehemaligen DDR total entwertet wurden. Durch die Abkoppelung des mittelständischen Raumes von der Welt, sozusagen von der offenen Marktwirtschaft, sind die Strukturen, einschließlich des Humankapitals, in vielen Punkten entwertet worden. Den Strukturbruch gab es auch vorher, denn das

Sach- und Humankapital und die Strukturen der ehemaligen DDR waren nicht an Marktbedingungen orientiert. Die Strukturen der Volkswirtschaft der ehemaligen DDR müssen jetzt an die Strukturen der sozialen Marktwirtschaft herangeführt werden. Das ist schmerzhaft, jeder Strukturwandel, jeder Strukturbruch ist schmerzhaft. Schumpeter spricht in marktwirtschaftlichen Entwicklungen von „schöpferischen Zerstörungen“. Dieses Mal mußte die Zerstörung fast total sein. Das sind die Opportunitätskosten des marktwirtschaftlichen Systems oder der Einführung des marktwirtschaftlichen Systems. Wie lange kann ein solcher Umbruchprozeß dauern? Als Wissenschaftler wäre ich ein Prophet, wenn ich eine solche Prognose abgeben würde. Es gibt bedingte und unbedingte Prognosen. Eine bedingte Prognose ist, wenn ich unter bestimmten Voraussetzungen sage, es wird dies oder jenes eintreten.

Es sind neue Strukturen, neue Entwicklungen in Industrie, Handwerk und Dienstleistungssektor zu verzeichnen. Wenn ich alle Zahlen summiere, ergeben sie bis Ende 1994 ein Plussaldo von 663.000 Betrieben, davon 75 % im Mittelstand, d. h. ungefähr 500.000 Mittelstandsbetriebe. Diese Zahlen stimmen mich optimistisch, da die Entwicklung nicht so negativ ist, wie sie oft präsentiert wird. Was kann man nun politisch machen? Man hat bereits politisch sehr viel getan, wenn Sie Unternehmer befragen und sich die Ergebnisse des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn ansehen. In der ersten Zeit waren es die fehlenden Infrastruktureinrichtungen, die die Unternehmer immer als Problem angesehen haben. Im Mittelpunkt der Kritik standen die Verwaltungen und die Erschließung von Gewerberäumen. Wenn man sich gegenwärtig, 1995/96, die Probleme ansieht, lauten sie: Zahlungsmoral der Kunden, Konkurrenzsituation, Nachfrageentwicklung, Preisfindung. Das sind alles marktwirtschaftliche Elemente. Das sind alles Probleme, die eine Marktwirtschaft mit sich bringt. Patentrezepte gibt es diesbezüglich nicht. Die Entwicklungen kann keiner prognostizieren. Aber wenn man international vergleicht, und wenn man sich die Entwicklung der ehemaligen osteuropäischen Staaten ansieht, stehen die neuen Bundesländer ökonomisch gar nicht so schlecht da. Es wird immer gesagt, die Bundesrepublik Deutschland habe zuviel Geld investiert, über 700 Milliarden DM sind vom Westen in den Osten geflossen. Das ist sicherlich richtig. Insgesamt wurde in den neuen Bundesländern die ökonomische Situation enorm verbessert, indem mehr Infrastruktur etc. geschaffen wurde, und der soziale Frieden in Deutschland damit aufrecht erhalten wurde. Diese Ergebnisse darf man nicht unterschätzen. Selbst wenn Sie sich Tschechien ansehen, ein Land, das vergleichbar ist, es liegt wahrscheinlich noch 30 Jahre hinter der ehemaligen DDR zurück. So sind die Prognosen. Soviel zu Ihrer Frage, was die Politik machen kann. Im Zentrum sollten Anpassung und Hilfen stehen, aber nicht Konservierungs- und Erhaltungshilfe. Das ist für meine Begriffe aus marktwirtschaftlicher Sicht zu sagen. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Dankeschön. Herr Vorsitzender bitte.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, lieber Kollege Ortleb. Meine herzliche Bitte wäre, daß wir unsere Pause, die auf 30 Minuten angesetzt war, um 5 Minuten verkürzen, um bereits um 12.40 Uhr wieder beginnen zu können.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Meine Damen und Herren. Ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer zweiten Runde. Nachdem wir im ersten Teil vor allem Übersichtsvorträge zu dem Thema Mittelstand gehört haben, geht es jetzt um Erfahrungsberichte und ganz konkrete Beispiele. Jeder Fall, den wir hören, der wird natürlich für sich stehen, aber ich meine, daß der unmittelbare Problem- und Basiskontakt für uns auch in der Enquete-Kommission ganz besonders wichtig ist.

In der Überschrift der öffentlichen Anhörung steht „Erfahrungsberichte mittelständischer Unternehmen“. Unternehmen waren in der DDR vor allem volkseigene Betriebe, Kombinate und Genossenschaften im Bereich des Handels und des Handwerks, natürlich auch das Ministerium für Außenhandel und im bürgernahen Bereich die Handelsorganisation (HO) und der Konsum. Wir sind uns klar, daß ein wesentliches Kennzeichen der ökonomischen Schwäche und eine Ursache des Zusammenbruchs damals in der DDR die fehlende Weltmarktorientierung und der Technologierückstand war. Als Dresdner empfinde ich erhebliche Schmerzen und Bedauern, wenn ich an große Betriebe wie z. B. Pentagon denke. Uns wurde gesagt, die Politik habe die Betriebe platt gemacht. Das trifft aus meiner Sicht nicht den Punkt.

Beispiel Kameraproduktion: Wir haben Kameras in Handelsketten im Westen für 250 DM verkauft, die bei uns 1.500 Mark gekostet haben. Die schlagartige Umstellung im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion hat eben bedeutet, daß bei nahezu westlichen Gehältern Produkte hergestellt werden, die abatzfähig sein sollten zu einem Preis um 250 Mark. Das konnte so nicht aufgehen. Wir wissen alle, vor allem diejenigen, die in der Industrie und in der Wirtschaft tätig waren, was das für Auswirkungen hatte. Der hohe Anteil von Grundfertigung in der Produktion war an vielen Stellen auch die Ursache für die aufgetretenen Probleme.

Der Mittelstand stellt für uns den neuen Hoffnungsträger dar. Wir wissen um die Probleme, die einerseits dadurch entstanden, daß ein Erfahrungsabbruch über längere Zeit eintrat, und andererseits zu schnell westliche Konkurrenz auftrat. Daß es nicht immer seriöse Partner gab, haben wir heute bereits gehört. Wir wissen, daß die Kapitaldecke für Betriebe zu dünn ist, die Zahlungsfristen oft nicht vertretbar gestaltet sind oder nicht eingehalten werden. Trotzdem, auch das haben wir heute vormittag gehört, ist der Mittelstand zunehmend funktionsfähig, Hoffnungsträger, und ich sage das jetzt auch aus dem Blickwinkel eines Abgeordneten, der im Ausschuß Bildung und Wissenschaft ist: Der Mittelstand, das Handwerk ist erforderlich und funktionsfähig für die Bereitstellung von Lehrstellen. Ohne diese Partner sähe es auf dem Markt des dualen Bildungssystems noch sehr viel schlechter aus.

Wir haben unter den Erfahrungsberichten hier einige Partner aus der Wirtschaft, denen wir für ihre Teilnahme danken. Vorgesehen ist, daß die einzelnen mit ihren persönlichen Berichten beginnen und wir dann in der Diskussion die Möglichkeit haben, vertiefend oder grundsätzlich zu fragen. In diesem Sinne schlage ich vor, daß Herr Fischer, den ich als ersten herzlich begrüßen möchte, beginnt und uns seinen Erfahrungsbericht liefert.

Martin Fischer: Ich bin ein Handwerksmeister aus der ehemaligen DDR, noch dazu ein selbständiger, der so alt ist wie seine Republik war. Ich hatte in meinem 20-jährigen Betriebsüberlebenstraining mehr Schweiß sein müssen als Handwerker.

Als 10-jähriger war das erste Treffen mit zwei Herren im schwarzen Ledermantel, und einen an Kreislaufschwäche in der Backstube liegender Vater. Nach dem Spießrutenlauf als einziger männlicher Konfirmand in einem christlichen Quartett, wurde mir der Besuch der Oberschule verweigert, da nur die Besten für die sozialistische Landwirtschaft und nicht für das Handwerk zum Abitur delegiert wurden.

Nach dem Abitur an der Abendschule natürlich, auf dem zweiten Bildungsweg und dem zeitgleich abgelegtem Facharbeiterbrief mit Fachschulreife weder ein Studium an der TU-Dresden noch ein Fachschulstudium an der Fachschule für Back- und Süßwarentechnik in Dippoldiswalde „frei war“ – 18 Monate NVA-Wehrdienst.

Als Stammpersonal in einem Unteroffiziersausbildungsregiment, zuständig als Stabsfahrer, Stiefelauszieher für seinen Regimentskommandeur, Benzinabrechner für russische Fahrzeuge, Kellner im Offizierskasino, aber auch intensiver Leser des eigenen Wehrstambuches, als ordentlicher Gefreiter entlassen, und trotzdem kein Studienplatz „frei“.

Mitglied einer Partei geworden, zu deren Gründungsmitglied in Sachsen-Anhalt der Onkel zählte, durch den ich nach einem Urteilspruch von 25 Jahren Bautzen den sozialistischen Staatsfrust zu spüren bekam und gerade deshalb unmusikalische Blockflöte wurde. Vorsitzender einer Ortsgruppe, die zahlenmäßig die mächtigste Partei im Heimatort war, obwohl meine Vorgänger in dieser Partei Familienbetriebe enteignet und sie selbst kriminalisiert wurden.

Den seit 1870 in Förderstedt bestehenden Handwerksbetrieb zweimal vor einer Sozialisierung (PGH) gerettet, aber auch unter aktiver Mithilfe der örtlichen und kreislichen CDU-Freunde, aber auch wegen meiner dreisten Art im Umgang mit staatlichen Stellen.

Der 1. Versuch: Die letzten privaten Industriebetriebe wurden in den 70er Jahren enteignet, für den Kreis Staßfurt sollte außerdem eine Bäcker-PGH gegründet werden. Mit mir wurde persönlich gesprochen. Dem Kreisvorsitzenden der CDU, auch ein Bäckermeister, teilte ich die Existenz von Dokumenten mit, die den 1. Stellvertreter des Rates des Kreises Staßfurt und Vorsitzender der Abt. Inneres schwer belasteten und deren Herausgabe die Stasi 1956